

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 8 86 846 pabr d

Inhalt

39. Jahrgang / 137

19. Juli 1984

Dr. Herta Däubler-Gmelin
MdB, Stellvertretende
Vorsitzende der SPD-Frak-
tion im Deutschen Bundes-
tag, zum Schicksal der
älteren Frauen: Eine wür-
dige Lebensgestaltung ge-
währleisten. Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB,
Obmann der SPD-Fraktion
im Verkehrsausschuß des
Deutschen Bundestages,
fordert Verkehrsminister
Dollinger auf: Den öf-
fentlichen Personenver-
kehr attraktiv gestalten.
Seite 3

Dokumentation

Die Vorsitzende der Histo-
rischen Kommission beim
SPD-Vorstand, Dr. Susanne
Miller, sprach auf dem
Forum Geschichte der SPD
zum Verhältnis der Sozial-
demokratie zu den Männern
des 20. Juli 1944. Wir
dokumentieren ihre Stel-
lungnahme. Seite 5

Um das Los der älteren Frauen kümmern

Die Politik muß eine würdige Lebensgestaltung gewährleisten

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen
Bundestag,
Vorsitzende des Arbeitsbereichs "Gleichstellung der Frau"

Wer über ältere Menschen in der Bundesrepublik spricht,
meint ältere Frauen. Denn von den 60 Millionen Bürgern in
der Bundesrepublik Deutschland ist jeder fünfte über 60
Jahre alt oder in absoluten Zahlen ausgedrückt: 4,4 Mil-
lionen Männer und 7,6 Millionen Frauen sind der älteren
Generation zuzurechnen.

Wie diese älteren Frauen leben, mit wie wenig Geld sie
häufig auskommen müssen, wie sie wohnen, wie vereinsamt
sie häufig sind, wie sie ihren Alltag bewältigen, wenn sie
durch Krankheit oder Behinderung zusätzlich belastet sind,
waren Fragen, mit denen sich die SPD-Bundestagsfraktion
Anfang dieses Jahres in einem zweitägigen Anhörungsverfah-
ren befaßt hat. Die ungenügende finanzielle Absicherung
der älteren Frauen war uns bekannt; wie gering sie wirklich
ist, wurde von Wissenschaftlern, Experten aus den für Al-
tersfragen zuständigen Organisationen und Verbänden sowie
durch die Betroffenen selbst sehr überzeugend und ein-
drucksvoll dargestellt. Entgegen einem weitverbreiteten
Vorurteil reicht die teilweise vorkommende Häufung mehrerer
Renten kaum an die Durchschnittsrenten der männlichen Ar-
beitnehmer heran. In vielen Fällen bleibt die Sozialhilfe
der einzige Ausweg für ältere und hochbetagte Frauen - und
nicht selten scheuen gerade sie sich, diesen Rechtsanspruch
geltend zu machen, wenn ihr Einkommen unter der Sozial-
hilfeschwelle liegt.

In der unzureichenden Existenzsicherung der heute älteren
Frauengeneration wirken gesellschaftliche und materielle
Benachteiligungen früherer Jahre - häufig sogar verstärkt -



bis ins hohe Lebensalter fort. Diese Faktoren sind letztendlich ausschlaggebend für die soziale Isolierung und Verarmung großer Teile der älteren Frauengeneration.

Mithin bilden Fragen zur Existenzsicherung einen der Schwerpunkte einer kleinen Anfrage zu den Lebensumständen älterer und hochbetagter Frauen, die die SPD-Bundestagsfraktion in diesen Tagen eingebracht hat (Bundestagsdrucksache 10/1739). In diesem Zusammenhang erwarten wir Auskünfte der Bundesregierung darüber, ob durch die Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung, die gegenwärtig im Bundesministerium für Arbeit (BMA) vorbereitet wird, eine gezielte Versorgungsverbesserung für Frauen mit niedrigem Renteneinkommen angestrebt wird. Konkret haben wir danach gefragt, ob die Bundesregierung für den Kreis der Rentnerinnen, die entweder bereits eine eigene oder aber eine Witwenrente beziehen, eine rentensteigernde Anrechnung von Kindererziehungszeiten beabsichtigt und in welcher Höhe. Für die jetzigen Rentnerinnen, die früher gewöhnlich mehr Kinder als junge Mütter heute großgezogen haben, würde sich dadurch ihre Rente spürbar erhöhen.

Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten für ältere Frauen hat inzwischen an Aktualität gewonnen: Eine entsprechende Forderung wurde in Bonn durch drei Verbände, die ältere Menschen vertreten, erhoben. Erstmals wurde in einer gemeinsamen Aktion des Bundes der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen im Deutschen Beamtenbund, des Reichsbundes der Kriegspfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen sowie der Lebensabendbewegung gefordert, daß bei der bevorstehenden Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung auf eine Anrechnung von Kindererziehungszeiten - zu Lasten des Bundes - nicht verzichtet werden könne. Die drei Verbände traten damit entschieden den bekanntgewordenen Plänen der Bundesregierung entgegen, eine etwaige Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf künftige Rentenfälle zu beschränken, die jetzigen Rentnerinnen also davon auszunehmen.

Damit würde die Generation der Trümmerfrauen, die ihre Kinder unter erschwerten Bedingungen und ohne die heute allgemein üblichen finanziellen Hilfen großgezogen hat, bei einer Neuordnung leer ausgehen, es bliebe bei ihrer vielfach unzureichenden materiellen Absicherung.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, sich der Situation der älteren Generation verstärkt anzunehmen. Hierzu gehört auch, daß sie die Empfehlungen des Wiener Internationalen Aktionsplans zur Frage des Alterns, der auf einer UN-Weltkonferenz im August 1982 verabschiedet worden ist, aufgreift und umsetzt. Eine der Durchführungsempfehlungen an alle Regierungen lautet: Sich insbesondere um das Los der älteren Frauen zu kümmern, die oft unter schweren Benachteiligungen zu leiden haben.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß gerade die heute ältere Frauengeneration durch ihre Leistungen in erheblichem Masse den Wiederaufbau der Bundesrepublik mitgetragen hat. Unsere Gesellschaft hat den früheren "Trümmerfrauen" viel zu verdanken. Wir werden es nicht zulassen, daß diese Bevölkerungsgruppe in der Politik der Bundesregierung zu kurz kommt. Dies ist besonders notwendig deswegen, weil durch die seit Ende 1982 praktizierte Einspar- und Umverteilungspolitik der Bundesregierung gerade die Lebensbedingungen der älteren Frauen drastisch verschlechtert worden sind. Und Leistungskürzungen können gerade diejenigen besonders schwer verkraften, die ohnehin nur einen schmalen Geldbeutel haben - und dies trifft für einen großen Teil der älteren Frauen zu.

Die Bundesregierung darf vor diesen Problemen nicht länger die Augen verschließen. Nur durch eine besser gezielte Politik können die Lebensumstände der älteren Frauengeneration würdig gestaltet und kann verhindert werden, daß die älteren Frauen immer mehr an den Rand unserer Gesellschaft abgedrängt werden. (-/19.7.1984/ks/rs)

+ + +



Den öffentlichen Personenverkehr attraktiv gestalten

Der Staat muß bereit sein, verstärkt Innovationen durchzuführen

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Die kommunalen Spitzenverbände fordern zurecht eine stärkere Prioritätensetzung zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs. Bundesverkehrsminister Dollinger ist gefordert, im Verkehrshaushalt sowie in der mittelfristigen Finanzplanung endlich diese Prioritätensetzung zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs vorzunehmen.

Zur Erfüllung ihrer täglichen Aufgaben und Bedürfnisse ist der öffentliche Personenverkehr für die Menschen in der Bundesrepublik unverzichtbar. Mobilität ist die Grundlage für das Funktionieren unserer Wirtschaft und Gesellschaft. In den Ballungsräumen wie auch in ländlichen Gebieten trägt der konsequente Ausbau attraktiver öffentlicher Verkehrssysteme dazu bei, die Umwelt für die Bürger wieder menschlicher und lebenswert zu machen. Dies gilt sowohl für die in den Regionen erforderlichen modernen und bedarfsgerechten Nahverkehrssysteme als auch für den Personenfernverkehr, der für die Bürger schnell und kostenattraktiver gestaltet werden muß.

Der öffentliche Personenverkehr ist sparsam im Energieverbrauch und schont unsere Umwelt. Öffentliche Verkehrssysteme sind darüber hinaus sicher und zuverlässig, wichtige Argumente in Anbetracht der viel zu hohen - in letzter Zeit sogar wieder steigenden - Unfallzahlen im individuellen Straßenverkehr. Damit ist der öffentliche Personenverkehr mehr als ein Stück Lebensqualität, er ist gleichzeitig eine wesentliche Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge.

Investitionen für den Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme sind besonders beschäftigungsintensiv. Bei entsprechender Schwerpunktsetzung können für Jahrzehnte nicht nur Arbeitsplätze gesichert, sondern darüber hinaus viele neue geschaffen werden. Dabei sind insbesondere Investitionen in öffentliche Personenverkehrssysteme volkswirtschaftlich besonders wirksam.



Eine vordringliche Aufgabe ist es, den öffentlichen Personenverkehr durch Bereitstellung neuer und verbesserter Technologien für den Bürger attraktiver und wirtschaftlicher zu machen, und sein volkswirtschaftliches Potential für die Allgemeinheit stärker zu nutzen.

Ansatzpunkte für Maßnahmen, die notwendig und erfolgreich in die praktische Anwendung umgesetzt werden können, sind

- das starre und noch nicht ausreichend den Bedürfnissen der Bürger angepaßte Verkehrsangebot,
- die noch nicht ausreichende Fahrgastfreundlichkeit der heutigen Systeme,
- die mangelnde Nutzung vorhandener Ressourcen (Mehrfachnutzung von Infrastruktur),
- die Energieausnutzung und Umweltverträglichkeit,
- die hohen Defizite der öffentlichen Verkehrssysteme.

Die Verkehrsbetriebe verfügen als öffentliche Dienstleistungsunternehmen nicht über die finanziellen Mittel, um die den Erfordernissen entsprechenden Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen durchzuführen.

Auch die Industrie ist wegen der Komplexität des unverhältnismäßig hohen Entwicklungsaufwandes von sich aus nicht bereit, das gesamte Forschungsrisiko allein zu tragen. Hier muß der Staat bereit sein, im Interesse der Allgemeinheit sich verstärkt für diese Innovationen zu engagieren. Der öffentliche Personenverkehr ist über die verkehrspolitische Bedeutung hinaus insbesondere für unsere Exportwirtschaft ein wichtiges und interessantes Aufgabenfeld. Bundesverkehrsminister Dollinger sollte endlich diese Chancen sehen und seine restriktive Haltung gegenüber dem öffentlichen Personenverkehr aufgeben!

(-/19.7.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Die Vorsitzende der Historischen Kommission beim SPD-Vorstand, Dr. Susanne Miller, machte auf dem Forum Geschichte "Die Sozialdemokratie und der 20. Juli 1944" am Mittwoch die folgenden Ausführungen.

Auflehnung gegen das System gewordene Unrecht

"Es ist nicht selbstverständlich, daß die SPD in einer eigenen Veranstaltung des 20. Juli 1944 gedenkt. Zwar haben immer schon Sozialdemokraten an diesem Gedenktag mitgewirkt, mit oder ohne offiziellen Auftrag, und die SPD war sich immer dessen bewußt, daß an der Vorbereitung dieses letzten Versuchs, das nationalsozialistische Regime von innen zu stürzen, Sozialdemokraten beteiligt waren. Doch die Ideenwelt der großbürgerlichen und adeligen Verschwörer des 20. Juli war und blieb Sozialdemokraten weitgehend fremd. Und die Vorstellungen der an diesem Aufstandsversuch beteiligten Militärs, Beamten und Männern der Kirche über die künftige Gestaltung von Staat und Gesellschaft waren keineswegs die der Sozialdemokratie, weder der Weimarer Partei noch der im Untergrund und im Exil wirkenden sozialistischen Gruppen.

Was das Verhältnis der SPD zum 20. Juli 1944 wohl am stärksten belastete und bis heute belastet, ist die Tatsache, daß sich die Männer des 20. Juli erst zu einem so späten Zeitpunkt zum Widerstand entschlossen, und daß sie durch Passivität oder Mittun die nationalsozialistische Herrschaft zunächst gestützt hatten, obwohl über deren verbrecherischen Charakter von Anfang an kein Zweifel bestehen konnte.

Die Vorbehalte von Sozialdemokraten gegenüber dem 20. Juli 1944 wurden verstärkt durch die lange Zeit vorherrschende Tendenz, in der Bundesrepublik den 20. Juli als den deutschen Widerstand gegen Hitler zu ehren, während der Widerstand der Arbeiterbewegung entweder ignoriert oder sein Ausmaß und seine Bedeutung nur unzulänglich gewürdigt wurden. Wenn ich dies erwähne, so möchte ich nicht verschweigen, daß es auch die SPD selber versäumt hat, das Bewußtsein dafür zu wecken und zu stärken, welcher Platz in der deutschen Geschichte dem Arbeiterwiderstand zukommt. Die Gründe dafür sind verständlich. Dennoch muß mit Bedauern festgestellt werden, daß sich manches Versäumte nicht mehr oder nur bruchstückhaft nachholen läßt.

Im Zusammenhang mit dem 20. Juli drängt sich besonders die Frage nach den Motiven des Arbeiterwiderstandes auf. Denn die Männer und Frauen, die mit den Arbeiterorganisationen verbunden waren, besaßen nach deren Zerschlagung durch die nationalsozialistische Regierung keinerlei Machtmittel, sie hatten keinen Zugang zu den Stellen, an denen politische und militärische Entscheidungen fielen, es standen ihnen keinerlei legale Positionen zur Verfügung, von denen aus sie einen größeren Kreis von Menschen beeinflussen konnten. Dabei richtete sich ihre Ablehnung des NS-Regimes nicht nur gegen einzelne seiner Aspekte, sondern war fundamental und umfassend.

All dies unterschied den Widerstand aus den Reihen der zerschlagenen Arbeiterbewegung von der späteren nationalkonservativen Opposition und auch von den Protesten kirchlicher Amtsträger und Laien, die größtenteils auf religiöse und kirchliche Belange beschränkt blieben.

Was veranlaßte Menschen aus der Arbeiterbewegung, die so machtlos und so isoliert waren innerhalb eines Volkes, das im Rausch nationalsozialistischer Erfolge lebte, gegen dieses Regime aufzubegehren, und dies in Kenntnis der drohenden unmenschlichen Strafen? Anfangs gab es noch die Illusion, insbesondere bei Kommunisten, daß durch die illegale Organisation eines Massenwiderstandes der Arbeiter die NS-Herrschaft erschüttert und schließlich gebrochen werden könne. Doch sehr bald wurde diese Illusion zerstört, zerstört durch den Terrorapparat der Regierung und durch die Unmöglichkeit, in einem sich immer mehr festigenden totalitären Staat einer Oppositionsbewegung von unten Breitenwirkung zu verschaffen.

Aber auch als bei den Angehörigen der vernichteten Arbeiterorganisationen nicht mehr die Hoffnung bestand, durch ihre Aktionen das NS-Regime stürzen zu können, setzten sie den Widerstand fort. Dafür zeugen schon die weit über 200.000 politischen Prozesse, in denen bis zu Beginn des Zweiten Weltkrieges überwiegend Männer und Frauen des Arbeiterwiderstandes verurteilt worden waren.

Ihnen allen war eines gemeinsam: die Entschlossenheit, sich nicht einem Regime zu beugen, von dem sie überzeugt waren, daß es der Vernunft, dem Recht und der Menschlichkeit in jeder Hinsicht absolut widersprach. Mit ihrem Widerstand, für den ihnen zumeist nur das Wort zur Verfügung stand - das geschriebene, das gesprochene, das geflüsterte Wort - wollten sie den Zusammenhalt von Gesinnungsfreunden stärken und neue gewinnen, um nach dem Zusammenbruch der Verbrecherherrschaft eine menschenwürdige Gesellschaft aufzubauen. Über die Gesetze der Geschichte und über die Form des zu schaffenden Staates gingen die Ansichten zwischen Kommunisten, rechten und linken Sozialisten, sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftern weit auseinander, und auch eine Zusammenarbeit in Widerstandsaktionen war zwischen ihnen selten. Doch eines war ihnen gemeinsam über alle Unterschiede hinweg: die Unversöhnlichkeit gegenüber dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat und der moralische Einfluß, diese Unversöhnlichkeit unter höchstem Einsatz zu bekunden.

Fragt man nach dem Sinn des deutschen Widerstands gegen den Nationalsozialismus, so möchte ich an eine Äußerung des Generalmajors von Tresckow erinnern, die er kurz vor dem 20. Juli 1944 gemacht hatte, sie scheint mir, in entsprechender Abwandlung, auch auf den Arbeiterwiderstand zuzutreffen. Tresckow erklärte: 'Das Attentat muß erfolgen, was immer es koste. Es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß der deutsche Widerstand vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.'

Weder dem Arbeiterwiderstand noch den Männern des 20. Juli ist der 'entscheidende Wurf' gelungen. Aber in beiden Widerstandsströmungen zeigte sich die Auflehnung gegen das System gewordene Unrecht. Und beide Strömungen verbindet die moralische Motivation. Diese moralische Motivation war ausschlaggebend für alle Gruppen der Arbeiterbewegung, die sich zum Widerstand entschlossen hatten, ebenso wie für die konservativ geprägten Männer im Umkreis des 20. Juli 1944. Sie alle haben durch den Einsatz ihres Lebens bewiesen, daß in einem Staat, in dem das Verbrechen und die extremste Skrupellosigkeit regierten, Menschen den Geboten von Vernunft und Humanität folgten. Dabei ist es von untergeordneter Bedeutung, aus welchen Traditionen und Überzeugungen die Menschen die Verbindlichkeit dieser Gebote ableiteten.

Entscheidend war und bleibt, daß sie durch ihren Willen, ihr Verhalten und ihr Handeln diese Gebote anerkannten. Dies bewiesen zu haben, dafür bereit gewesen zu sein, alle Opfer auf sich zu nehmen, darin liegt der Sinn, den die Menschen, die sich gegen die nationalsozialistische Herrschaft aufgelehnt haben, ihrem Widerstand gaben. Das trifft auf Kommunisten, auf Sozialisten und Demokraten aller Richtungen, auf Christen in beiden Kirchen und außerhalb dieser Kirchen, und auf Nationalkonservative gleichermaßen zu.

Ich fasse zusammen:

1. Die Vorbehalte von Sozialdemokraten in ihrer Beurteilung des Aufstandsversuchs vom 20. Juli 1944 haben im wesentlichen folgende Gründe: Die Mehrzahl der Träger dieses Versuchs und ihres sozialen Umfelds gehörten Gruppen und Schichten an, die lange Zeit durch Passivität, zum Teil durch Mittun, das Funktionieren des nationalsozialistischen Regimes ermöglichten, und deren Vorstellungen von der Gestaltung Deutschlands und Europas nach dem Sturz der NS-Diktatur sich in vielen Aspekten von den Zielen der demokratischen Arbeiterbewegung unterschieden.
2. Die Arbeiterbewegung hatte die Nationalsozialisten vor deren Machtübernahme bekämpft und Männer und Frauen aus ihren Reihen haben gegen die NS-Diktatur unter ungeheuren Opfern von Anfang an Widerstand geleistet, ohne dabei von Gruppen und Personen mit Einfluß und Zugang zu Machtpositionen Unterstützung, ja auch nur Beachtung und Verständnis zu finden.
3. Trotz dieser schwerwiegenden Unterschiede zwischen der Mehrzahl der Träger des Widerstands der Arbeiterbewegung und der Mehrzahl der Träger des Widerstandes im Umkreis des 20. Juli 1944 besteht zwischen allen Gruppen und Personen des Widerstands eine entscheidende Gemeinsamkeit: die moralische Motivation des mit höchsten Opfern verbundenen Entschlusses, sich gegen das Verbrecher-Regime aufzulehnen. In diesem Entschluß liegt der fortwirkende Sinn des Widerstands aller Richtungen gegen die NS-Diktatur."

(-/19.7.1984/ks/rs)